

LANDRATSAMT REUTLINGEN
Den 02.12.2014

KT-Drucksache Nr. IX-0050/3

für den Verwaltungsausschuss
-nichtöffentlich-

Tischvorlage

für den Kreistag
-öffentlich-



**Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 des Landkreises
Reutlingen und des gemeindefreien Gebiets "Gutsbezirk Münsingen";
- Konzeption Sozialticket**

Zu dem im Betreff genannten Beratungsgegenstand wurde umseitiger

A n t r a g der Gruppierung DIE LINKE

eingereicht.

DIE LINKE im Kreistag
des Landkreises Reutlingen
Kreisrätin Petra Braun-Seitz
Kreisrat Thomas Ziegler
Seestr. 11, 72764 Reutlingen
(Absender)

An den
Vorsitzenden des Kreistags
Herrn Landrat Thomas Reumann
Bismarckstraße 47
72764 Reutlingen

Haushalt 2015 – Antrag zum

Ergebnishaushalt

Investitionen

Stellenplan

Bezug auf (KT-Drucksache, Produktgruppe o. ä.):

THH 10 Verkehr und ÖPNV
Konzeption Sozialticket für den Landkreis Reutlingen

Antrag:

Ein Sozialticket für Hartz-IV-Bezieher und andere Personengruppen mit niedrigem Einkommen wird für den Landkreis Reutlingen eingeführt. Unter diese Regelung fallen Personen, die ein Einkommen von maximal 30% über dem Existenzminimum haben. Der Preis für das Sozialticket soll nicht über dem Betrag liegen, der bei Hartz IV für Fahrkarten ausgewiesen ist. Wir schließen uns der Forderung des Sozialforums Reutlingen an, das Sozialticket für den ganzen Landkreis für 15,- Euro anzubieten.

Begründung/Deckungsvorschlag (ggf. Fortsetzung Rückseite):

Durch die Höhe der Naldo-Fahrpreise ist es für viele Menschen mit geringem Einkommen nicht möglich, den ÖPNV so oft wie notwendig zu nutzen. Weitgehende Beschränkung auf Ziele, die zu Fuß und mit dem Fahrrad erreicht werden können, ist die Folge. Dies bedeutet alltäglichen Ausschluss aus dem kulturellen, politischen und sozialen Leben, insbesondere im ländlichen Bereich. Dazu kommt, dass auf dem Land auch günstigere Einkaufsmöglichkeiten wie größere Supermärkte oder Tafelläden ohne ÖPNV nur schlecht erreicht werden können.

Von einem Sozialticket profitieren alle Beteiligte, wie bspw. die Erfahrungen von Heilbronn belegen: Menschen mit geringem Einkommen können sich eine Monatskarte leisten, bestehende Kapazitäten der Verkehrsunternehmen werden besser ausgelastet, zusätzliche Einnahmen entstehen: das bedeutet auch weniger Zuschussbedarf der Kommunen für den ÖPNV.

Reutlingen, 28.11.2014
(Ort, Datum)

gez. Petra Braun-Seitz, Thomas Ziegler
(Unterschrift)